

# ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 15 | 12.04.2024

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre

Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer | Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek

## I. BUNDESGESETZBLATT

### [BGBl I 26/2024](#)

Bundesgesetz betreffend Ermächtigung zur **Veräußerung** von **unbeweglichem Bundesvermögen** (Umsetzung des neuen „Sicherheitszentrums Meidling“ des BMI am Standort „Meidlinger Kaserne“)

### [BGBl II 98/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Errichtung einer weiteren **Notarstelle** in **Feldkirch**

### [BGBl II 99/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Justiz über die Errichtung einer weiteren **Notarstelle** in **Dornbirn**

### [BGBl II 100/2024](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das **Abfallende** von **feuerfesten Abfällen**

## II. AMTSBLATT DER EU

### [ABI L 2024/982 v 05.04.2024](#)

Verordnung (EU) 2024/982 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. März 2024 über die **automatisierte Abfrage** und den **Austausch von Daten** für die **polizeiliche Zusammenarbeit** und zur Änderung der Beschlüsse 2008/615/JI und 2008/616/JI des Rates sowie der Verordnungen (EU) 2018/1726, (EU) 2019/817 und (EU) 2019/818 des Europäischen Parlaments und des Rates (Prüm-II-Verordnung)

## III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

## A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

05.03.2024, [V 237/2022](#)

**GastwirtschaftsG**; keine Gesetzwidrigkeit einer Bestimmung der Gas-Marktmodell-Verordnung 2020 betreffend **Übermittlungspflichten** von **Daten** zwischen den zentralen Akteuren zur Aufrechterhaltung einer funktionierenden **Erdgasversorgung**; Berücksichtigung des komplexen Systems von wechselseitigen Aufgaben der Akteure bei den Verordnungsermächtigungen der Regulierungsbehörde nach einer Bestimmung des GastwirtschaftsG 2011; keine einschränkende Interpretation der weitreichenden Verordnungsermächtigungen mit dem Ziel eines geordneten Gasmarkts

13.03.2024, [G 259/2023](#)

**SchulunterrichtsG**; keine Bedenken im Hinblick auf das Determinierungsgebot gegen das in § 32 Abs 2 SchulunterrichtsG vorgesehene **Zustimmungserfordernis**; im Fall der **Verweigerung** der Zustimmung sind die Gründe des Schulerhalters in den Bescheid der Schulbehörde aufzunehmen; die Verweigerung der Zustimmung kann in der Folge im Rechtsmittelweg überprüft und der Schulbesuch gegebenenfalls vom **VwG** auch ohne Zustimmung des Schulerhalters bewilligt werden

13.03.2024, [E 2493/2023](#)

**ORF-G**; Verletzung im Recht auf **Meinungsäußerungs- und Rundfunkfreiheit** betreffend die Ausstrahlung des **ORF-Beitrags** „Inside Demo – Die Welt der Coronaleugner“ durch Darstellung der Guerilla Mask Force-Mitglieder als Rechtsextremisten; keine Verletzung des Objektivitätsgebots durch den ORF betreffend die kritische Bewertung eines Zusammenhangs einer „Anti-Corona-Demonstration“ von vollständig weiß gekleideten und maskierten Personen sowie mehrerer ebenso vollständig weiß gekleideten und vor dem Geburtshaus Hitlers mit ausgestrecktem rechten Arm posierenden Personen mit dem Gedankengut rechtsextremer Gruppierungen; keine Vergleichbarkeit der **journalistischen Berichterstattung** und **kritischen Auseinandersetzung** mit identifizierbaren Personen gegenüber einer ausschließlich anonym auftretenden Gruppe

## B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

22.02.2024, [Ra 2024/02/0001](#)

**StVO**; **VwGVG**; eine Bewilligung für eine Ausnahme von einer **Kurzparkzone** kann auf die Dauer von höchstens zwei Jahren erteilt werden, wenn der Antragsteller als Zulassungsbesitzer im Gebiet der Kurzparkzone wohnt und dort auch den **Mittelpunkt seiner Lebensinteressen** hat, sowie ein persönliches Interesse nachweist, in der Nähe des Wohnorts zu parken; nach der Rsp des VwGH sind bei der Prüfung, ob ein Mittelpunkt der Lebensinteressen vorliegt, sämtliche Lebensumstände zu berücksichtigen; dabei kommen der Meldung des Hauptwohnsitz und des Zulassungsorts eines Fahrzeugs eine maßgebliche Indizwirkung zu; es kann eine Person nur einen Mittelpunkt der Lebensinteressen haben; dies hat das VwG jedoch nicht ausreichend geprüft, weshalb der VwGH die angefochtene Entscheidung aufhob

12.03.2024, [Ra 2023/22/0099](#)

**ZustellG**; die belangte Behörde hat gleichzeitig mit dem Versuch der Zustellung mittels RSb-Brief an der im ZMR aufscheinenden Adresse einer Servicestelle für **Wohnungslose** angeordnet, den verfahrensgegenständlichen Bescheid mittels **öffentlicher Bekanntmachung** zuzustellen, ohne überhaupt das Ergebnis der Zustellung mittels RSb-Brief abzuwarten und ohne nach dem Einlangen des mit dem Vermerk „Retour, nicht behoben“ zurückgesendeten RSb-Briefs weitere Ermittlungen betreffend die Abgabestelle des Rw anzustellen; insb wäre es in diesem Zusammenhang für die belangte Behörde zumutbar gewesen, nach dem Einlangen des zurückgesendeten RSb-Briefs bei der im ZMR-Auszug des Rw aufscheinenden Adresse einer Servicestelle für Wohnungslose, etwa telefonisch oder per E-Mail, hinsichtlich des Aufenthaltsorts des Rw nachzufragen

13.03.2024, [Ra 2023/02/0182](#)

**StVO**; wie in der Amtsrevision zutreffend aufgezeigt wird, ist es nicht erlaubt, einen in § 8 Abs 4 erster Satz StVO genannten Straßenabschnitt zu befahren, um dort zu halten oder zu parken, ohne bereits durch das Befahren gegen das allgemeine **Benützungsverbot** des § 8 Abs 4 leg cit zu verstoßen; vor diesem Hintergrund kann daher nicht davon ausgegangen werden, dass die Ausnahmeregelung in § 26a Abs 4 leg cit auch auf solche Halte- und Parkverbote anzuwenden ist, die lediglich Ausfluss eines weit darüberhinausgehenden, allgemeinen Benützungsverbots sind, zumal die in § 8 Abs. 4 erster Satz leg cit genannten Teile der Straße von Fahrzeugen nicht befahren werden dürfen

14.03.2024, [Ra 2022/02/0011](#)

**Wr WettenG; VwGVG**; da im vorliegenden Fall eine **Annexität** des Verwaltungsstraf- sowie des Verfallsverfahrens zum Beschlagnahmeverfahren vorliegt und das Verwaltungsstraf- sowie das Verfallsverfahren jener Gerichtsabteilung zuzuweisen gewesen wären, die das Beschlagnahmeverfahren geführt hat, stellt die nach den allgemeinen Grundsätzen nach A 1 1. der Geschäftsverteilung 2020 vorgenommene Zuweisung an die Gerichtsabteilung 085 einen Verstoß gegen die Geschäftsverteilung dar; entscheidet jedoch ein nach der **Geschäftsverteilung** des VwG nicht zuständiger (Einzel-)Richter, so führt dies im Revisionsverfahren vor dem VwGH zur Aufhebung der Entscheidung wegen Rechtswidrigkeit infolge Unzuständigkeit des VwG

## C. VERWALTUNGSGERICHTE

**BVwG 23.02.2024, [W137 2277123-1](#)**

**DSGVO**; jedenfalls auszuschließen ist, dass die **Datenschutzbehörde** eine Prüfung von Datenverarbeitungen, die die Ausübung des richterlichen Amtes betreffen, im **Umweg** eines **Prüfverfahrens** betreffend eine an einem Gericht beschäftigte nicht-richterliche Person durchführen darf

**BVwG 18.03.2024, [W211 2261903-1](#)**

**DSGVO; GesundheitstelematikG**; die Adressdaten der Personen, denen ein Impferinnerungsschreiben geschickt werden sollte, wurden auf Basis des § 4 Abs 3 GesundheitstelematikG dem **zentralen Patientenindex** entnommen; da keine Rechtsgrundlage für die Übermittlung von Gesundheitsdaten bestanden hat, kann aus § 4 Abs 3 leg cit aber **keine Ermächtigung** für einen Zugriff auf den Patientenindex zur Adressermittlung abgelesen werden

**LVwG Nö 26.02.2024, [LVwG-AV-2385/001-2023](#)**

**Niederlassungs- und AufenthaltsG**; § 21a Abs 1 Niederlassungs- und AufenthaltsG verfolgt die Zielsetzung, dass zumindest gewisse **Grundkenntnisse** der **deutschen Sprache** bereits **vor Zuzug** vorhanden sein sollen und deren Erwerb noch nicht zu lange zurückliegt; daher ist davon auszugehen, dass zwar weder die in erster Instanz entscheidenden Niederlassungsbehörden, noch die VwG Gelegenheit dazu geben müssen, ein bei Antragstellung und im Zeitpunkt der Entscheidung noch nicht vorhandenes Deutsch-Zertifikat erst zu erlangen; ein Antrag kann aber nicht (mehr) mit der Begründung, § 21a Abs 1 leg cit sei nicht erfüllt, abgewiesen werden, wenn im Zeitpunkt der Entscheidung ein allgemein anerkanntes Zertifikat über Deutsch-Kenntnisse mit A1-Niveau vorliegt

**LVwG Nö 01.03.2024, [LVwG-AV-1234/004-2021](#)**

**Nö KrankenanstaltenG**; werden einem **EU-Beamten im Ruhestand**, der dem gemeinsamen **Krankenfürsorgesystem** der Institutionen der Europäischen Union angeschlossen und nicht in der österreichischen Sozialversicherung versichert ist, vom Rechtsträger einer Krankenanstalt nach dem Nö KrankenanstaltenG für ambulante Leistungen höhere Gebühren verrechnet als für Personen, die in der Sozialversicherung versichert sind, stellt dies eine nach Art 18 AEUV bzw Art 21 Abs 2 GRC verbotene (mittelbare) **Diskriminierung** aufgrund der **Staatsangehörigkeit** dar; dass für diese beiden Personengruppen unterschiedliche Modalitäten der Abrechnung bestehen, ist unter unionsrechtlichen Gesichtspunkten unerheblich; es kommt lediglich auf die Anwendung **nichtdiskriminierender Gebühren** für gleiche Krankenhausleistungen an

**LVwG Oö 20.02.2024, [LVwG-500830](#)**

**WasserrechtsG**; die Ersichtlichmachung der Grenzen des **Hochwasserabflussgebiets** im Wasserbuch hat bloß deklaratorischen Charakter; die Auffassung, bei Gewässern, deren **Hochwasserabflussgrenzen** nicht ins **Wasserbuch** eingetragen seien, existiere gar kein solches Gebiet, ist unzutreffend

## IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

## A. GERICHTSHOF

### [09.04.2024, Rs C-582/21, Profi Credit Polska \(Réouverture de la procédure terminée par une décision définitive\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Grundsätze des Unionsrechts** – Art 4 Abs 3 EUV – Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit – Verfahrensautonomie – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – Grundsatz der unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts – Nationale Regelung, die einen **außerordentlichen Rechtsbehelf** vorsieht, der die **Wiederaufnahme** eines durch **rechtskräftiges Urteil** beendeten Zivilverfahrens ermöglicht – Gründe – Spätere Entscheidung eines Verfassungsgerichts, mit der die **Unvereinbarkeit** einer Bestimmung des **nationalen Rechts**, auf deren Grundlage das Urteil ergangen ist, mit der Verfassung festgestellt wird – Hinderung an der Mitwirkung infolge der **Verletzung von Rechtsvorschriften** – Extensive Anwendung des Rechtsbehelfs – Angeblicher Verstoß gegen das Unionsrecht, der sich aus einem späteren Urteil des Gerichtshofs zur Auslegung des Unionsrechts gemäß Art 267 AEUV ergibt – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – **Versäumnisurteil** – Keine Prüfung der etwaigen Missbräuchlichkeit von Vertragsklauseln von Amts wegen

### [09.04.2024, Rs C-551/21, Kommission/ Rat \(Signature d'accords internationaux\)](#)

Nichtigkeitsklage – Beschluss (EU) 2021/1117 – Protokoll zur Durchführung des partnerschaftlichen **Fischereiabkommens** zwischen der **Gabunischen Republik** und der **Europäischen Gemeinschaft** (2021-2026) – Unterzeichnung im Namen der Union – Für die Benennung der zur Unterzeichnung befugten Person zuständiges Organ – Art 13 Abs 2 EUV – Einhaltung der Maßgaben der ihm zugewiesenen Befugnisse durch jedes Unionsorgan – **Loyale Zusammenarbeit** zwischen den Unionsorganen – Art 16 Abs 1 und 6 EUV – Befugnis des Rates der Europäischen Union zur **Festlegung der Politik** und zur **Gestaltung des auswärtigen Handelns** der Union – Art 17 Abs 1 EUV – Befugnis der Europäischen Kommission zur Wahrnehmung der Vertretung der Union nach außen – Art 218 AEUV

### [11.04.2024, Rs C-183/23, Credit Agricole Bank Polska](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Gerichtliche Zuständigkeit und **Anerkennung und Vollstreckung** von Entscheidungen in **Zivil- und Handelssachen** – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Art 6 Abs 1 – Anwendungsbereich – Vertrag, den ein **Verbraucher**, der **Staatsangehöriger eines Drittstaats** ist, mit einer Bank mit Sitz in einem Mitgliedstaat geschlossen hat – Klage gegen diesen Verbraucher – Gericht des letzten **bekanntes Wohnsitzes** dieses Verbrauchers im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats

### [11.04.2024, Rs C-173/23, Air Europa Líneas Aéreas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Luftverkehr – Übereinkommen von Montreal – Art 19 – Ersatz von **Schäden**, die durch **Verspätung** bei der **Beförderung von Reisegepäck** entstanden sind – Abtretung der Forderung eines Fluggasts gegen das Luftfahrtunternehmen an eine Handelsgesellschaft – Vertragsklausel, die eine solche Abtretung verbietet – Richtlinie 93/13/EG – **Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen** – Art 6 Abs 1 und Art 7 Abs 1 – Von Amts wegen vorgenommene **Missbräuchlichkeitsprüfung** der Klausel, die die Abtretung von Fluggastrechten verbietet – Modalitäten dieser Prüfung im Rahmen eines Rechtsstreits zwischen der Gesellschaft, auf die die Forderung übertragen wird, und dem Luftfahrtunternehmen – Grundsätze der Äquivalenz und der Effektivität – Grundsatz des **kontradiktorischen Verfahrens**

### [11.04.2024, Rs C-122/23, Legafact](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – **Umsatzsteuern** – Sonderregelung für **Kleinunternehmen** – Jahresumsatz – **Ungleichbehandlung** von Steuerpflichtigen – Nationale Regelung, wonach eine Person bei verspäteter Stellung eines Antrags auf Registrierung der Mehrwertsteuer unterliegt – **Sanktionscharakter**

### [11.04.2024, Rs C-116/23, Sozialministeriumservice](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit – **Wanderarbeitnehmer** – Familienleistungen – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 3 – **Leistungen bei Krankheit** – Geltungsbereich – **Pflegekarenzgeld** – Staatsangehöriger eines Mitgliedstaats, der in einem anderen Mitgliedstaat wohnt und arbeitet und einen Familienangehörigen in seinem Herkunftsmitgliedstaat pflegt – Akzessorietät zum Pflegegeld – Art 4 – **Gleichbehandlung**

#### [11.04.2024, verb Rs C-114/23, C-115/23, C-132/23 und C-160/23, Sapira](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 267 AEUV – Erforderlichkeit der erbetenen Auslegung, damit das vorlegende Gericht sein Urteil erlassen kann – **Richterliche Unabhängigkeit** – Bedingungen der Ernennung von Richtern der ordentlichen Gerichtsbarkeit – Möglichkeit, ein rechtskräftiges Strafurteil im Stadium eines Verfahrens zur **Vollstreckung dieses Urteils** in Frage zu stellen – **Unzulässigkeit der Vorabentscheidungsersuchen**

#### [11.04.2024, Rs C-6/23, Baramlay](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Landwirtschaft** – Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) – Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – Sachliche Anwendbarkeit – Zeitliche Anwendbarkeit – Verordnung (EG) Nr 1698/2005 – Art 22 – **Niederlassungsbeihilfe** für Junglandwirte – Art 71 – **Zuschussfähigkeit** – Voraussetzungen für die Gewährung – Regelung eines Mitgliedstaats, wonach die landwirtschaftliche Tätigkeit ununterbrochen als Haupterwerbstätigkeit und als Einzelunternehmer ausgeübt werden muss – **Zusätzliche Förderbedingungen** – Verordnung (EU) Nr 1306/2013 – Art 63 – Delegierte Verordnung (EU) Nr 640/2014 – Art 35 – Förderkriterium – Verpflichtung

#### [11.04.2024, Rs C-770/22, OSTP Italy](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Erstinstanzliche Urteile, mit denen **Zollmaßnahmen** in Bezug auf die **traditionellen Eigenmittel** der Europäischen Union aufgehoben werden – **Sofortige Vollstreckbarkeit** dieser Urteile – Keine Aussetzung der Vollziehung der Urteile

#### [11.04.2024, Rs C-723/22, Citadines](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – Urheberrecht und verwandte **Schutzrechte** – Richtlinie 2001/29/EG – Art 3 Abs 1 – **Öffentliche Wiedergabe** – Begriff – **Bereitstellung von Fernsehgeräten** in einem Hotel – Übertragung eines Signals über einen Koaxialkabelverteiler – Richtlinie 93/83/EWG – Kabelweiterverbreitung – Kabelunternehmen – Begriffe – **Lizenzvertrag** für die **Kabelweiterverbreitung** mit den **Verwertungsgesellschaften** – **Weiterverbreitung** des betreffenden Signals mittels einer hoteleigenen Kabelverteilanlage

#### [11.04.2024, Rs C-687/22, Agencia Estatal de la Administración Tributaria \(Exclusion des créances publiques de la remise de dettes\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Richtlinie (EU) 2019/1023 – **Restrukturierungs-, Insolvenz- und Entschuldungsverfahren** – Art 20 – Zugang zur Entschuldung – Art 20 Abs 1 – Volle Entschuldung – Art 23 – Ausnahmeregelungen – Art 23 Abs 4 – **Ausschluss** bestimmter **Schuldenkategorien** von der Entschuldung – **Ausschluss öffentlicher Forderungen** – Rechtfertigung nach nationalem Recht – Rechtswirkungen von Richtlinien – Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung

#### [11.04.2024, Rs C-654/22, Triferto Belgium](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 (REACH-Verordnung) – Art 2 Abs 1 Buchst b – Anwendungsbereich – Art 3 Nrn 10 und 11 – Begriffe **„Einfuhr“** und **„Importeur“** – Art 6 – **Registrierungspflicht** – Person, die die Verantwortung für die Registrierung trägt – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – Zollkodex der Europäischen Union – **Zolllager**

#### [11.04.2024, Rs C-316/22, Gabel Industria Tessile und Canavesi](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2008/118/EG – Art 1 Abs 2 – **Verbrauchssteuern** – Elektrischer Strom – Nationale Regelung, die einen **Zuschlag zur Verbrauchsteuer** auf elektrischen Strom einführt – Fehlen besonderer Zwecke – Zuschlag, der von den nationalen Gerichten als mit der Richtlinie 2008/118/EG unvereinbar angesehen wird – **Rückforderung** der rechtsgrundlos entrichteten Steuer durch den **Endverbraucher** allein vom Lieferer – Art 288 AEUV – Unmittelbare Wirkung – **Effektivitätsgrundsatz**

#### [11.04.2024, Rs C-741/21, juris](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der Verarbeitung personenbezogener Daten – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 82 – Anspruch auf Ersatz des Schadens, der durch eine unter Verstoß gegen diese Verordnung erfolgte Datenverarbeitung verursacht worden ist – Begriff des **immateriellen Schadens** – Auswirkung der **Schwere** des erlittenen Schadens – Haftung des Verantwortlichen – Möglichkeit der Befreiung im Fall des Fehlverhaltens einer ihm im Sinne von Art 29

unterstellten Person – **Bemessung** des Schadenersatzbetrags – Unanwendbarkeit der in Art 83 für Geldbußen vorgesehenen Kriterien – Bemessung im Fall mehrfacher Verstöße gegen diese Verordnung

## **B. SCHLUSSANTRÄGE**

### [11.04.2024, Rs C-187/23, \*Albausy\* \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EU) Nr 650/2012 – Ausstellung eines **Europäischen Nachlasszeugnisses** – **Einwände** während des **Ausstellungsverfahrens**

### [11.04.2024, Rs C-109/23, \*Jemerak\* \(GA Medina\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik – **Restriktive Maßnahmen** – Handlungen Russlands, die die Lage in der **Ukraine** destabilisieren – Verordnung (EU) des Rates Nr 833/2014 – Art 5n Abs 2 und 6 – Verbot, **Dienstleistungen** im **Bereich der Rechtsberatung** für in **Russland** niedergelassene juristische Personen zu erbringen – **Ausnahme** – Dienstleistungen, die zur Gewährleistung des Zugangs zu Gerichts-, Verwaltungs- oder Schiedsverfahren in einem Mitgliedstaat unbedingt erforderlich sind – **Beurkundung und Vollzug** eines Immobilienkaufvertrags durch einen Notar – Dolmetscher zur Unterstützung des Notars – Art 17 Abs 1 der Charta

### [11.04.2024, Rs C-28/23, \*NFŠ\* \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Richtlinie 2014/24/EU – **Öffentliche Bauaufträge** – Begriff – Öffentliche Bauaufträge, die in Gestalt anderer Vereinbarungen verschleiert sind – Einklagbare gegenseitige Verpflichtungen – Gemäß den Anforderungen des öffentlichen Auftraggebers errichtetes Gebäude – **Bestimmender Einfluss** – Bedeutung eines Beschlusses der Europäischen Kommission, mit dem die Vereinbarungen als mit dem Binnenmarkt vereinbar erklärt werden – Richtlinie 89/665/EWG – Anwendbarkeit – **Nichtigerklärung** eines Vertrags – **Rechtsfolgen** der Nichtigerklärung

### [11.04.2024, Rs C-710/22 P, \*JCDecaux Street Furniture Belgium/ Kommission\* \(GA Collins\)](#)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Art 107 Abs 1 AEUV – Beihilfe der belgischen Behörden zugunsten von JCDecaux Street Furniture Belgium – **Nichtzahlung** von **Miete** und **Abgaben** für im Gebiet der Stadt Brüssel (Belgien) **aufgestellte Werbevorrichtungen** – Wirtschaftlicher Vorteil – Ausgleichsmechanismus – Beschluss der Kommission, mit dem die Beihilfe für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt und ihre **Rückforderung** angeordnet wird – **Keine widersprüchliche Begründung** – Überprüfung der Tatsachen- und Beweiswürdigung durch den Gerichtshof – Ausschluss außer bei Verfälschung

### [11.04.2024, Rs C-709/22, \*Syndyk Masy Upadłości A\* \(GA Kokott\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Richtlinie 2006/112/EG – Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug – **Sondermaßnahme** – Verfahren der Aufspaltung von Zahlungen – **Mehrwertsteuerkonto** des **insolventen Steuerpflichtigen** – Überweisung der auf dem Mehrwertsteuerkonto angesammelten Mittel auf Antrag des Insolvenzverwalters – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 17 Abs 1 – **Eigentumsgrundrecht** – Art 51 Abs 1 – Durchführung von Unionsrecht

### [11.04.2024, Rs C-600/22 P, \*Puigdemont i Casamajó und Comín i Oliveres/ Parlament\* \(GA Szpunar\)](#)

Rechtsmittel – **Institutionelles Recht** – Mitglieder des Europäischen Parlaments – Entscheidungen, mit denen es den **Rechtsmittelführern**, die zu Mitgliedern des Europäischen Parlaments gewählt worden sind, **verweigert** wird, als **Abgeordnete** im **Parlament** zu sitzen, und mit denen ihnen alle **damit verbundenen Rechte** vorenthalten werden – **Nichtigkeits- und Schadenersatzklage**

### [11.04.2024, Rs C-579/22 P, \*Anglo Austrian AAB/ EZB und Far East\* \(GA Čapeta\)](#)

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungspolitik – Richtlinie 2013/36/EU – Beaufsichtigung von **Kreditinstituten** – Der **Europäischen Zentralbank (EZB)** übertragene **besondere Aufsichtsaufgaben** – Beschluss, mit dem einem Kreditinstitut die Zulassung entzogen wird – Auslegung nationalen Rechts

#### 11.04.2024, verb Rs C-555/22 P, C-556/22 P und C-564/22 P, Vereinigtes Königreich/ Kommission ua (GA Medina)

Rechtsmittel – Staatliche Beihilfen – Steuervorbescheide („tax rulings“) – Vom Vereinigten Königreich zugunsten bestimmter **multinationaler Konzerne** durchgeführte Beihilferegulierung – Steuerregelung für **konzerninterne Finanzierungen**, die beherrschte ausländische Unternehmen (CFC) betrifft – **Befreiungen** – Aufgaben der Entscheidungsträger – Künstliche Wegleitung von Gewinnen – **Erosion der Bemessungsgrundlage** – Beschluss, mit dem die Beihilferegulierung für mit dem Binnenmarkt unvereinbar und rechtswidrig erklärt und die Rückforderung der gewährten Beihilfen angeordnet wird – **Bezugsrahmen** – Anwendbares nationales Recht – **„Normale“ Besteuerung**

#### 11.04.2024, Rs C-768/21, Land Hessen (Obligation d'agir de l'autorité de protection des données) (GA Pikamäe)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Schutz natürlicher Personen** bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verordnung (EU) 2016/679 – Art 57 Abs 1 Buchst a und f – Aufgaben der Aufsichtsbehörde – Art 58 Abs 2 – **Befugnisse der Aufsichtsbehörde** – Art 77 Abs 1 – Recht auf Beschwerde – Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten – Verpflichtung der Aufsichtsbehörde zum Erlass von Maßnahmen

#### 11.04.2024, verb Rs C-647/21 und C-648/21, D. K. (Dessaisissement d'un juge) (GA Collins)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsstaatlichkeit – Art 19 Abs 1 Unterabs 2 EUV – Grundsätze der **Unabsetzbarkeit** der Richter und der **richterlichen Unabhängigkeit** – Grundsatz der **„internen“** richterlichen Unabhängigkeit – Beschluss des Kollegiums eines nationalen Gerichts, einem **Richter** ohne dessen Zustimmung **Rechtssachen** zu **entziehen** – Nicht einvernehmliche Versetzung eines Richters von einer Berufsabteilung in eine erstinstanzliche Abteilung eines nationalen Gerichts – **Fehlen von Verfahrensgarantien** und **gerichtlicher Kontrolle** nach nationalem Recht – **Rechtswidrige Anwendung** nationaler Vorschriften – Vorrang des Unionsrechts

## **C. GERICHT**

#### 10.04.2024, Rs T-654/22, M&T 1997/ EUIPO - VDS Czmyr Kowalik () und de fenêtres)

Gemeinschaftsgeschmacksmuster – Nichtigkeitsverfahren – **Gemeinschaftsgeschmacksmuster**, das **Tür- und Fenstergriffe** darstellt – Älteres Geschmacksmuster – Nichtigkeitsgrund – **Eigenart** – Art 25 Abs 1 Buchst b und Art 6 der Verordnung (EG) Nr 6/2002

## **V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

#### **04.04.2024, Beschwerde Nr 49049/18, Zöldi/Ungarn**

**Verletzung** von **Art 10 EMRK** (Freiheit der Meinungsäußerung); Ablehnung des Ersuchens eines **Journalisten** um Informationen über die **Identität von Zuschussempfängern** zweier von der Ungarischen Nationalbank gegründeter Stiftungen; erhebliches öffentliches Interesse am Zugang zu den beantragten Daten; Interesse am Schutz der Namen der Zuschussempfänger ist nicht von solcher Art und solchem Ausmaß, dass es die Anwendung von Art 8 und dessen Abwägung mit den Rechten des Bf nach Art 10 rechtfertigt; Fehlen einer Rechtsvorschrift, die die Offenlegung der Identität der Subventionsempfänger erlaubt, was dazu führt, dass die inländischen Behörden keine Abwägung vornehmen können; Fehlen ausreichender Gründe für die Notwendigkeit des Eingriffs; kein angemessener Ausgleich zwischen den konkurrierenden Interessen, die auf dem Spiel stehen

#### **09.04.2024, Beschwerde Nr 12471/20, E.L./Litauen**

**Verletzung** von **Art 3 EMRK** (Verbot der Folter); unwirksame Untersuchung der von der Bf geltend gemachten **sexuellen Misshandlung** in einem **Pflegeheim**; Zögern der Behörden, eine gerichtsmedizinische psychiatrische und psychologische Untersuchung anzuordnen; Unterlassung der Oberstaatsanwaltschaft und der innerstaatlichen Gerichte zweier Instanzen, trotz des entsprechenden Vorbringens der Bf ausdrücklich auf die Notwendigkeit einer solchen Untersuchung einzugehen

#### **09.04.2024, Beschwerde Nr 31022/20, Tzioumaka/Griechenland**

**Verletzung** von **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Nichtvollstreckung** innerstaatlicher Entscheidungen, mit denen der Mutter das **Sorgerecht** für zwei minderjährige Kinder zugesprochen und der Vater verpflichtet

wurde, sie ihr zurückzugeben; Versäumnis der innerstaatlichen Behörden, angemessene und rechtzeitige Maßnahmen zu ergreifen, um das Recht der Bf auf Rückgabe ihrer Kinder durchzusetzen; indem die Behörden nicht mit der gebotenen Sorgfalt handelten, begünstigten sie die Integration der Kinder in ihre neue Umgebung und trugen so entscheidend zur Verfestigung einer faktischen Situation bei, die dem Recht der Bf nach Art 8 zuwiderläuft

**09.04.2024, Beschwerde Nr [53600/20](#), Verein Klimaseniorinnen Schweiz u.a./Schweiz GK**

**Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); **Verletzung von Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); Nichteinhaltung der **positiven Verpflichtung** des beklagten Staats, ausreichende Maßnahmen zur **Bekämpfung des Klimawandels** zu ergreifen; Recht des Einzelnen auf wirksamen Schutz durch die staatlichen Behörden vor den schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels auf Leben, Gesundheit und Lebensqualität; Wichtigkeit der intergenerativen Lastenteilung; enger Beurteilungsspielraum in Bezug auf die Verpflichtung des Staats zur Bekämpfung des Klimawandels; weiter Ermessensspielraum bei der Wahl der Mittel zur Erreichung dieser Ziele; Hauptpflicht des Vertragsstaats, Vorschriften und Maßnahmen zu erlassen und wirksam anzuwenden, die geeignet sind, die bestehenden und möglicherweise unumkehrbaren künftigen Auswirkungen des Klimawandels abzuschwächen; Versäumnis, rechtzeitig und in angemessener und kohärenter Weise bei der Konzipierung, Entwicklung und Umsetzung des einschlägigen Rechts- und Verwaltungsrahmens zu handeln; Versäumnis der innerstaatlichen Gerichte, sich ernsthaft oder überhaupt mit der Klage der Bf Vereinigung zu befassen

**09.04.2024, Beschwerde Nr [2116/21](#), Nguyen/Dänemark**

**Verletzung von Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); unverhältnismäßige **Ausweisung** einer niedergelassenen **Migrantin** in Verbindung mit einem zwölfjährigen Wiedereinreiseverbot nach Verurteilung wegen schwerer Straftaten; Frage der untergeordneten Rolle der Bf bei den Straftaten nicht behandelt; fehlende Vorstrafen und Ausweisungsandrohung; keine Prüfung der Kriterien des „Kindeswohls“ und der Rolle der Bf als Hauptbezugsperson ihrer behinderten Tochter; sehr starke Bindung an Dänemark im Gegensatz zu ihrem Herkunftsland

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

## **DISCLAIMER**

**Bundesgesetzblatt:** BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Amtsblatt der EU:** Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

**Verfassungsgerichtshof:** Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.\*

**Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte:** Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

**Gerichtshof der EU:** Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.\*

**Gericht der EU:** Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.\*

**Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte:** Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

\* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber/Medieninhaber:** Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

**Redaktion:** Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer, Univ.-Prof. Dr. Markus Vašek (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Theresa Gierlinger, Wiss.-Mit. Anna Kneidinger, Univ.-Ass. Mag. Katharina Marx, Univ.-Ass. Mag. Julia Rauch, Dr. Simon Wischt, Univ.-Ass. Georg Wurmhöringer, LL.M..

**Hinweis:** Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.